

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Steuer-Gewerkschaftstag 2003: Detlef Dames wiedergewählt



Auf dem Steuer-Gewerkschaftstag 2003 am 6. und 7. Mai 2003 im Quality Hotel & Suites Wilhelmsberg in Berlin-Lichtenberg bestätigten die Delegierten Detlef Dames als Landesvorsitzenden der DSTG Berlin. Mit überwältigender Mehrheit wählten die Delegierten auch die sechs stellvertretenden Vorsitzenden. Wiedergewählt wurden Jürgen Köchlin (Bezirksgruppe Tempelhof), Bernd Raue (Bezirksgruppe Körperschaften IV), Rita Rohde (Bezirksgruppe Neukölln-Süd), Christa Röglin (Bezirksgruppe Schöneberg) und Frank Schröder (Bezirksgruppe Lichtenberg/Hohenschönhausen).

Nicht mehr für die DSTG-Landesleitung Berlin kandidierte der bisherige stellv. Landesvorsitzende und Bezirksgruppenvorsitzende Jean Wandkowski (Bezirksgruppe Körperschaften I).

Erstmals kandidierte Mario Moeller (Bezirksgruppe Neukölln-Süd), er wurde als stellv. Landesvorsitzender gewählt.

Wiedergewählt wurden auch der bisherige erste Schatzmeister Rainer Schröder (Bezirksgruppe Mitte/Tiergarten) und der bisherige zweite Schatzmeister Carsten Luban (Bezirksgruppe Wilmersdorf).

INHALTSVERZEICHNIS

Steuer-Gewerkschaftstag 2003	
Detlef Dames wiedergewählt	25
Impressum	26
EntschlieÙung I	27
EntschlieÙung II	28
Rede des Vorsitzenden	29
DSTG-Leistungsangebot	
Beratung für Tarifangehörige	40

Steuer-Gewerkschaftstag 2003 Wahlausschuss

Die Delegierten wählten Ute Mayer (Bezirksgruppe Neukölln-Nord) zur Vorsitzenden des Wahlausschusses. Die übrigen Mitglieder waren Ilona Häusler (Bezirksgruppe Mitte/Tiergarten), Peter Goette (Bezirksgruppe Fehndung und Strafsachen), Michael Pahlow (Bezirksgruppe Tempelhof) und Wolfgang Schiefelbein (Bezirksgruppe Wilmersdorf).



Die Mitglieder des Wahlausschusses bei der Auszählung der Wahlzettel

BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

FlexoPlus Kredit

- ▶ Geringe monatliche Raten
- ▶ Bis zum 20fachen Familieneinkommen
- ▶ Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ▶ Flexible Rückzahlung
- ▶ Ablösung bestehender Kredite
- ▶ Großzügige Sofortentscheidung
- ▶ Langfristige Immobiliendarlehen

Kredit online: www.abkbank.de
 ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG – FREITAG 9 – 18 UHR · RANKESTR. 34 BIS 19 UHR

Allgemeine Beamten Kasse

INVALIDENSTRASSE 28 AM NORDBAHNHOF 10115 BERLIN TELEFON 285 35 200	RANKESTRASSE 34 AN DER GEDÄCHTNISSIRCHE 10789 BERLIN TELEFON 210 95 95	HEGELALLEE 14 AM JÄGERTOR 14467 POTSDAM TELEFON 0331-298 670
---	---	---

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

Herausgeber Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
 Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr
 Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de

Internet www.dstg-berlin.de

Schriftleitung Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN

Redaktion Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Daniela Werner
 Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Gestaltung/Layout Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv und Wolfgang Harrasch, Michael Pahlow
Druck DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau
 Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout Karsten Köchlin

Auflage 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

14. Mai 2003

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

EntschlieÙung I

Die Delegierten des Steuer-Gewerkschaftstages 2003 verabschiedeten die folgende EntschlieÙung I zum Thema:

Tarifverhandlungen und Berliner Landeshaushalt

Der Berliner Senat hat kurz vor dem Abschluss der letzten Tarifrunde in Potsdam am 09. Januar 2003 fluchtartig durch fristlose Kündigung per 08. Januar 2003 die Arbeitgeberverbände verlassen. Damit sollte die Übernahme des zwischen Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgebern ausgehandelten Tarifkompromisses verhindert werden.

Der Austritt ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, mit den Gewerkschaften Tarifverhandlungen führen zu müssen - und dazu hat die dbb-tarifunion den Berliner Senat umgehend aufgefordert.

Der Berliner Senat ist dieser Forderung nachgekommen und hat eine Verhandlungskommission ins Leben gerufen.

Seit dem 17. Januar 2003 jedoch verschleppen die Vertreter des Berliner Senats unter der Führung des Innensenators Dr. Ehrhart Körting sowie unter Beteiligung des Finanzsenators Dr. Thilo Sarrazin und des Wirtschaftssenators Harald Wolf ständig die Verhandlungen und versuchen andererseits, ihre Maximalforderungen ohne jegliche Kompromissbereitschaft durchzudrücken:

- Nullrunde für alle Beschäftigten des Landes Berlin
- Verzicht auf Weihnachtsgeld
- Verzicht auf Urlaubsgeld
- Tarifsteigerungen erst wieder ab 2007
- Angebot: keine betriebsbedingten Kündigungen bis 2006

Für wie dumm hält uns dieser Senat?

Wie tief sollen wir noch gedrückt werden?

Wie weit soll die Demotivierung aller Beschäftigten noch gehen?

Welche Tricks lassen sich „unsere“ Senatoren noch einfallen?

Akzeptieren SIE endlich:

WIR sind **IHRE** Mitarbeiter: wir, die Beamtinnen und Beamten, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten!

WIR sind letztlich auch für **SIE** da, denn ohne uns hätten Sie niemand, der Ihre Entscheidungen umsetzt !

Wir fordern Sie daher auf, verhandeln Sie endlich ergebnisorientiert und nicht nur auf ein bereits vorher festgelegtes starres Ziel hin und kehren Sie unverzüglich in die Arbeitgeberverbände zurück!

Spielen Sie nicht die Statusgruppen der Beschäftigten untereinander aus - das gefährdet den sozialen Betriebsfrieden!

Herr Wowereit und Herr Dr. Körting, nehmen Sie die ernstgemeinte Verhandlungsbereitschaft der dbb-tarifunion und der sie tragenden Fachgewerkschaften, zu denen auch die **DSTG** zählt, endlich an!

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

EntschlieÙung II

Die Delegierten des Steuer-Gewerkschaftstages 2003 verabschiedeten die folgende EntschlieÙung II zum Thema:

Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung

Die öffentlichen Arbeitgeber sind seit langem nicht besonders spendabel, wenn es um ihre Mitarbeiter geht. Vielmehr wird überall gekürzt, wo es auch nur im Ansatz möglich erscheint. So gibt es an allen Ecken und Enden Stellenkürzungen. Die Altersversorgung wurde beschnitten. Die Stufen der Beamtenbesoldung wurden gestreckt, um mit dem Einsparvolumen Leistungselemente bei der Bezahlung einführen zu können. Nur leider gibt es bis heute nicht nur in Berlin keine Leistungsprämien, Leistungszulagen oder gar Leistungsstufen. Die Besoldungserhöhungen erfolgen mittlerweile regelmäßig mit erheblicher zeitlicher Verzögerung zum Tarifbereich.

Jetzt soll es also auch der bundeseinheitlichen Beamtenbesoldung an den Kragen gehen. Der Bundesrat hat am 14. März 2003 ein Gesetz zur Schaffung von Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung initiiert. Das Land Berlin gehörte zu den Antragstellern. Die Zustimmung des Bundestages steht zwar noch aus, ist aber aufgrund der zwischenzeitlichen Stellungnahme der Bundesregierung wahrscheinlich.

Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Übertragung der Regelungskompetenz für die Zahlung von Urlaubsgeld und Sonderzuwendung (sogenanntes Weihnachtsgeld) auf die Länder.

Hierbei geht es einzig und allein darum, die Beamten erneut als Sparschweine der Nation zu missbrauchen. Und dass es nicht bei den Beamten bleiben wird, ist klar. Die Folge ist eine Bezahlung nach Kassenlage des jeweiligen Dienstherrn. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird ad absurdum geführt. Die besser zahlenden Länder werden sich dadurch die besten Nachwuchskräfte sichern. Die so abzusehenden Qualitätsunterschiede gefährden die Gleichmäßigkeit der Steuerverwaltung und damit der Besteuerung.

Bereits jetzt können durch die Personalknappheit die Steuergesetze nur mangelhaft vollzogen werden. Von einer Ausstattung selbst nach den am tatsächlichen Bedarf vorbeigehenden Ergebnissen der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung wird in allen Bundesländern nur geträumt. Durchschnittlich 10 % weniger Personal muss die Arbeit erledigen, Berlin liegt mittlerweile am unteren Ende der Skala. Steuerausfälle in Milliardenhöhe sind die logische Folge. So verkommt Steuergerechtigkeit überall zur Phrase.

Die DSTG Berlin verkennt nicht die katastrophale Haushaltslage des Landes Berlin. Es kann aber nicht sein, dass durch die politische Führung unserer Stadt ständig der Eindruck erweckt wird, nur die Vielzahl der öffentlich Beschäftigten sei Schuld daran. Weder haben sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter selbst eingestellt noch haben sie die vielfältigen Aufgaben geschaffen, die sie tagtäglich erledigen müssen. Und erst recht sind die Beschäftigten des Landes Berlin nicht für die desolante Haushaltspolitik des letzten Jahrzehnts verantwortlich.

Die DSTG Berlin fordert daher vom Senat, aber auch von den Fraktionen im Abgeordnetenhaus:

- Einen fairen Umgang mit den Beschäftigten des Landes Berlin, Verunglimpfungen und Schuldzuweisungen müssen sofort aufhören
- Regressmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden (Stichwort: Bankgesellschaft Berlin)
- Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Berliner Steuerverwaltung mit Personal und zeitgemäÙen Arbeitsmitteln. Entgegen der Aussage des Finanzsenators hat Berlin sehr wohl ein Einnahmeproblem. Zwar würde ein Großteil von Steuernehmereinnahmen Berlin nicht direkt zufließen, sondern durch den Länderfinanzausgleich abfließen. Aber Berlin fordert Geld vom Bund und von den anderen Bundesländern! Deren Bereitschaft, Berlin finanziell zu unterstützen, hängt in erheblichem Maße davon ab, ob Berlin seine Einnahmequellen konsequent ausschöpft.
- Dem weiteren Personalabbau muss eine umfassende Aufgabenkritik vorangehen. Kein Wirtschaftsunternehmen kann es sich leisten, Personal abzubauen, ohne vorher zu prüfen, ob es dann noch die Aufträge seiner Kunden erfüllen kann. Im „Unternehmen Verwaltung“, wie sich das Land Berlin gern selbst bezeichnet, ist dies hingegen Alltag.
- Hände weg vom Urlaubsgeld und der Sonderzuwendung der Beamten! Die große Mehrzahl der Beamten ist im mittleren und gehobenen Dienst tätig, in einigen Bereichen (z. B. Justiz und Feuerwehr) ist sogar noch der einfache Dienst vorherrschend. Diese Kolleginnen und Kollegen können eine Kürzung ihrer Jahreseinkommen um ca. 7,3 % finanziell nicht verkraften. Darüber hinaus wäre ein erheblicher Kaufkraftverlust die Folge, der sich sofort auf den ohnehin schwächelnden Einzelhandel auswirken würde.
- Einseitige Strafmaßnahmen des Senats (z. B. Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten auf 42 Stunden in der Woche) müssen unverzüglich zurückgenommen werden. Das künftige Miteinander muss von dem Grundsatz „Verhandeln statt Verordnen“ geprägt sein.

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

Am zweiten Tag des Steuer-Gewerkschaftstages 2003 sprach auf der Kundgebung der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames zu den Delegierten und Gästen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr verehrte Gäste!

Ich heiße Sie alle recht herzlich zu der öffentlichen Kundgebung auf dem Steuer-Gewerkschaftstag 2003 der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Berlin willkommen.

Insbesondere begrüße ich – in Vertretung des Finanzsenators – den Steuerabteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen, Herrn Hennig.

Des Weiteren begrüße ich die Vertreter der Parteien aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, und zwar

- das Mitglied des Hauptausschusses, Stefan Zackenfels, für die SPD
- den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Ratzmann,
- den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Dr. Lindner und

Weiterhin sage ich ein herzliches Willkommen dem Finanzpräsidenten Herrn Skrodzki und den zahlreich erschienenen Vorsteherinnen und Vorstehern und den ständigen Vertretern.

Besonders freue ich mich, bei uns begrüßen zu dürfen:

- unseren Bundesvorsitzenden, den Kollegen Dieter Ondracek,
- die stellv. Bundesvorsitzende, gleichzeitig Landesvorsitzende von Hessen, die Kollegin Anne Schauer,
- den stellv. Bundesvorsitzenden, gleichzeitig Landesvorsitzenden von Sachsen, den Kollegen Joachim Rothe,
- den Bundesgeschäftsführer der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, den Kollegen Rafael Zender,
- den Tarifreferenten der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, den Kollegen Heinz Gewehr,

- den Referenten der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, den Kollegen Jörg Niederoth,
- die Bundesfrauenvertreterin der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, die Kollegin Andrea Sauer-Schnieber,
- den Bundesjugendvorsitzenden, den Kollegen Mario Moeller, der gestern zum stv. Landesvorsitzenden in Berlin gewählt wurde, weiterhin
- die stellv. Bundesjugendvorsitzenden, die Kolleginnen Annegret Kaefer und Daniela Werner,

- der Landesbundvorsitzende des dbb berlin, der Kollege Joachim Jetschmann,
- der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, der Kollege Rolf Taßler,
- der Vorsitzende des VBOB, der Kollege Rainer Schwierczinski,
- und der stellv. Vorsitzende des Bundesgrenzschutzverbandes, der Kollege Schindler.

Weiterhin heiße ich heute recht herzlich



Klaus Ladewig - Verhandlungsleiter

- sowie eine Vielzahl von Landes- und Bezirksvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und deren Stellvertreter.

Ich darf weiterhin den von uns sehr geschätzten Ehrengast der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, den Kollegen Hermann Fredersdorf, in unserer Mitte willkommen heißen.

Ein recht herzliches willkommen auch dem Landesbundvorsitzenden des dbb brandenburg, dem Kollegen Heinz-Egon Müller.

Aus Berlin haben den Weg zu uns gefunden:

willkommen:

- den Präsidenten der Steuerberaterkammer Berlin, Herrn Roland Klemann,
- den Geschäftsführer des Steuerberaterverbandes Berlin-Brandenburg, Herrn Wolfgang Wehmeier,
- für den Vorstand des Verbandes Berliner Verwaltungsjuristen, den Leitenden Regierungsdirektor a.D., Herrn Helmut Koch.

Und nicht zuletzt ein Willkommen den Vertretern der Selbsthilfeeinrichtungen;ein

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames



Die neue DSTG-Landesleitung Berlin

Dankeschön u.a.

dem Gebietsleiter der DBV-Winterthur, Herrn Steffen Ruhse.

Ich begrüße auch recht herzlich die Vertreter der Medien und wünsche Ihnen einen gleichermaßen informativen, wie auch unterhaltsamen Vormittag.

Sollte ich bei meiner Vorstellung der Gäste jemanden übersehen haben, so möge man es mir nachsehen.

Die Vielzahl der erschienenen Gäste lässt die hohe Erwartungshaltung an die gestern

neu gewählte Landesleitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft erkennen.

Am 6. Mai 1999 sprach ich noch davon, dass die Politiker in den Jahren 1996 bis 1999 versagt hätten und die damalige Finanzsenatorin, wenn sie da gewesen wäre, Ihren Redebeitrag wie folgt hätte beginnen müssen: "1996 standen die Finanzämter vor dem Abgrund des finanziellen und personellen Ruins! Heute sind wir ein Stück weiter!"

Wie stellt sich uns heute die aktuelle Lage dar? Positiv denken, sagen wir uns als moderne Menschen und meinen ein kleines

Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Aber ist diese Betrachtungsweise realistisch? Nein! Denn bei näherem Hinsehen bemerken wir, dass bei diesem Licht der Lichteinfall von oben kommt und wir somit in ein tiefes Loch gefallen sein müssen!

Dabei sind wir offenbar noch nicht am Boden dieses Loches angekommen, wenn man die geplanten Strukturveränderungen in der Finanzverwaltung ins Auge fasst.

Zunächst einmal ist kritisch anzumerken, dass der Finanzsenator Dr. Sarrazin heute nicht zu seinen Beschäftigten gefunden hat,



Ehrenmitgliedschaft für Dieter Schroeter, Erika Ehrhard, Klaus Ladewig, Renate Komm und Norbert Gewies

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

auch seine Staatssekretäre nicht, um den politisch eingeschlagenen Weg in Berlin und die Rolle der Einnahmeverwaltung zu erläutern.

Dies ist beileibe nicht gegen Sie gerichtet, Herr Hennig, Ihre Fachkompetenz steht ausser Frage, aber Sie mögen uns verzeihen, wenn wir den schon lieb gewonnenen Folienvortrag des Finanzsenators vermischen werden.

Nun, wer bei der Beschäftigtenvertreterkonferenz des dbb berlin am 6. März 2002 im Forum-Hotel war, konnte sich von dem zweifelhaften Aussagewert dieser Folien ein Bild machen. Das vorgetragene Zahlenmaterial war zwar richtig, aber teilweise wurden die falschen Schlussfolgerungen gezogen und eine Folie fehlte gänzlich.

Da wird doch vom Finanzsenator dem stauenden Publikum der Kernsatz entgegengeschleudert:

Das Land Berlin hat kein Einnahmeproblem!

Diese Aussage gerät schon dadurch ins Wanken, wenn man weiss, dass die Einnahmen sich zu einem großen Teil aus Subventionen des Bundes und aus Zuflüssen aus dem horizontalen Finanzausgleich zusammensetzen.

Den bundesweiten Rückgang der Steuereinnahmen zu ignorieren, ist aber schon unter dem Begriff Fahrlässigkeit zu subsumieren.

Es kann doch für einen Finanzsenator nicht befriedigend sein, wenn Berlin die gleichen prozentualen Rückläufe bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen hat, wie die übrigen Bundesländer!

Es muss doch Aufgabe eines Finanzsenators sein, die Ursachen für den Rückgang der Steuereinnahmen zu erforschen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen!

Ich werde nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass zwischen den Stelleneinsparungen in der Steuerverwaltung und dem Rückgang der Steuereinnahmen ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Bereits auf dem letzten Steuer-Gewerkschaftstag habe ich darauf hingewiesen, dass ein weiterer Stellenabbau nur zu Lasten des Steueraufkommens gehen kann. Aber nein, es kam wie es kommen musste: Der Stellenabbau wurde vorangetrieben, das Steueraufkommen ging wie prognostiziert zurück.

Auch der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und den Beschäftigten der Steuerverwaltung war und ist klar, dass die öffentlichen Kassen leer sind; aber:

Sind wir die Einzigen die wissen, dass sie nur zu füllen sind, wenn die Steuerverwaltung mit Personal- und Sachmitteln instand gesetzt wird?

Ist nur uns klar, dass wir eine Einnahme-

verwaltung sind, mit deren zunehmender Arbeitsfähigkeit das Steueraufkommen steigt?

Wissen nur wir, dass die Finanzämter das letzte Bollwerk gegen Schwarzarbeit und Steuerkriminalität sind?

Ist nur uns bekannt, dass Finanzämter mit ausreichender Personal- und Sachmittelausstattung ein Garant für Steuergerechtigkeit sind?

Sollten alle diese Erkenntnisse **nicht** zum Wissensstand des Finanzsenators gehören, wird er dem Anforderungsprofil eines Finanzsenators nicht gerecht.

Auch der Blick über die Landesgrenzen hinaus und das Aufgeben einer gewissen Beratungsresistenz könnte das Bewusstsein des Finanzsenators für die tatsächliche Lage der Steuerverwaltung erweitern.

So ergaben Feststellungen des Landesrechnungshofs in Baden-Württemberg bei der Organisationsuntersuchung der Veranlagungsstellen, dass bei einer intensiveren Bearbeitung von Steuererklärungen erheblich höhere Steuereinnahmen erzielbar sind. Bei entsprechender Personalausstattung hätten jährlich rund 360 Millionen Euro mehr eingenommen werden können, wobei dieser Personalkörper weitaus weniger gekostet hätte. Die Politik trage nicht nur die Verantwortung für die Sicherung solider Staatseinnahmen und damit für eine starke, funktionsfähige Steuer-



Die Delegierten auf dem Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

verwaltung, sondern habe auch die Pflicht, den steuerehrlichen Bürger zu schützen. Die Steuergerechtigkeit muss im Mittelpunkt politischer Anstrengungen stehen. Mit dem jetzigen Personalbestand sind eine vollständige Erhebung der Einnahmen und ein sachgerechter Gesetzesvollzug nicht gewährleistet.

Der Rechnungshof kommt zum Ergebnis, dass die Arbeitsbelastung nachhaltig durch die Praktikabilität des anzuwendenden Steuerrechts geprägt sei und somit in den letzten Jahren zugenommen hat.

Ein weiterer Punkt betrifft die Tatsache, dass lediglich 35,7 % der gesamten Arbeitszeit für die eigentliche Veranlagungsarbeit verwandt werden. Der weit überwiegende Rest wird mit anderen administrativen Arbeiten ausgefüllt. Personal- und Sachkosten von 52.500 Euro je Bearbeiter und Jahr ständen im Untersuchungszeitraum Erträge von 106.054 Euro/Jahr gegenüber. Deshalb sei es verfehlt, das Personal in den Veranlagungsstellen zu reduzieren. Abschließend urteilt der Rechnungshof, dass der Staat selbst die Instanz sei, die verantwortlich eine angemessene Personalausstattung gegen andere Interessen durchsetzen müsse!!

Dem ist nichts hinzuzufügen, ausser der Feststellung, dass der Rechnungshof in Berlin zu den gleichen Ergebnissen kommen würde.



Joachim Jetschmann - Landesvorsitzender des dbb-berlin

Nebenbei bemerkt, sind den jährlichen Statistiken der OFD die Mehregebnisse u.a. der Betriebsprüfer zu entnehmen, die pro Prüfer und Jahr 700.000 Euro im Durchschnitt betragen. Jedem Durchschnittsbürger erschließt sich die Erkenntnis, die Steuerverwaltung personell zu stärken; auf eine personelle Ausdünnung käme wohl niemand.

Nur unser Finanzsenator. Selbst die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung haben für ihn keinen Aussagewert. Während seine Amtsvorgängerin, Frau

Krajewski, als Schlussfolgerung dieser Berechnung in den Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS schreiben ließ, dass die Steuerverwaltung von weiteren Sparmaßnahmen ausgenommen werden soll, interessiert ihn das wenig. Nach eigenem Bekunden fühlt er sich an den Vertrag nicht gebunden.

Man muss sich einmal vor Augen führen, was hier tatsächlich passiert. Es wird von der Senatsverwaltung für Finanzen für den Bereich der Steuerverwaltung, der Einnahmeverwaltung, eine Organisationsuntersuchung unter Zugrundelegung bundeseinheitlicher Muster vorgenommen, PersBB genannt, und der Senator selbst hält das Ergebnis für irrelevant.

Mit seinem Misstrauen macht er nicht einmal Halt vor seinen direkten Untergebenen. Er braucht dabei keine Sorge zu haben, werden doch die sachlichen Einwendungen von Gewerkschaften und dem Gesamtpersonalrat im Wege des vorweggenommenen Gehorsams in wiederkehrender Regelmäßigkeit „geplockt“?

Mir ist schon seit längerem klar, dass mit dieser Personalbedarfsberechnung eines nie ernsthaft gemacht werden wird: Nämlich den Personalbedarf zu ermitteln. Wenn aber nach zähem Ringen um ein Ergebnis ein solches feststeht, dann muss es auch Gültigkeit haben!

Es darf nicht ins Belieben des Finanz-



Norbert Gewies und Hermann Fredersdorf

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

senators gesetzt werden, dieses Ergebnis anzuerkennen oder nicht. Es ist dann ein feststehendes Ergebnis, egal ob es ihm gefällt oder nicht.

Denn selbst die Anwendung der bundeseinheitlichen PersBB-Muster führt bei der Ermittlung des Personalbedarfes in Berlin zu einem zu niedrigen Ergebnis, wird doch die in den Bundesmustern eingearbeitete Besserausstattung mit PC's in den übrigen Bundesländern nicht mit der Zubilligung von mehr Personal in Berlin ausgeglichen.

Aber der Wahnsinn hat Methode, und so geschah es in Berlin, dass der Finanzsenator in seiner Verwaltung auch noch

Er prägte den schönen Begriff von der „Entbehrungsquote“ die in Berlin bei 10 % unter dem Personalsollbestand der PersBB liegen sollte. Zwischenzeitlich beträgt diese Quote gar 13 %, und damit liegt Berlin bundesweit an drittletzter Stelle in der Personalausstattung. Wer nun meint, schlimmer geht's nimmer, hat sich getäuscht. Um die Berechnung des Finanzsenators zu beenden: Er ließ vom Personalsollbestand 10 % abrechnen und stellte fest, dass im Haushalt der Finanzämter die 10 % Stellenstreichungen nicht so ohne weiteres vorgenommen werden können, da summa summarum 300 Stellen noch mit Beschäftigten besetzt waren. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, statt 670 Stellen

Personalkosten des Landes Berlin ist ein von der Politik selbst geschaffenes Problem. Höhere Steuereinnahmen sind nur mit einer vernünftigen und angemessenen Personalausstattung in der Steuerverwaltung zu erreichen. Hohe Steuereinnahmen und wenig Personal ist eine Vorstellung, die in den Bereich der Fabel zu verbannen ist. Schon jedes Kind weiß, man kann nicht alles haben. Wie sagen wir Berliner: Man kann nich' det Omelett braten, ohne det Ei zu zerklappen. Glas Wasser trinken.

Eines muss dem Finanzsenator in aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir haben ein Einnahmeproblem. Wir haben ein Steuereinnahmeproblem; wie ist es denn zu er-



Ehrenmitgliedschaft für Klaus Ladewig

Personal einsparen will! Man läuft schon Gefahr in Märchenform, zu berichten, da man es kaum glauben kann.

Die Personalbedarfsberechnung auf den 01.01.2002 ergab für die Steuerverwaltung einen Stellenbedarf von 670 Stellen, d.h. für 670 zusätzliche Beschäftigte in der Steuerverwaltung liegt unerledigte Arbeit in den Büros, für 670 Stellen hätte eine Anmeldung im Haushalt erfolgen müssen.

Aber das Unfassbare geschah: Nicht nur dass der Finanzsenator diese Stellen nicht anmeldete, er meinte, dass Berlin im bundesweiten Durchschnitt den gleichen Mangel in der Personalausstattung haben sollte wie alle Bundesländer.

neu anzumelden und 670 Neueinstellungen von dringend benötigten Kolleginnen und Kollegen seine Zustimmung zu erteilen, werden von dem überbelasteten Personalkörper 300 Beschäftigte für überflüssig erklärt und dem Personalüberhang gemeldet.

Mit keiner anderen Maßnahme, kann ein Haushaltssenator seinen eigenen Haushalt vernichtender treffen.

Wir haben keinen tatsächlichen Personalüberhang, sondern lediglich einen virtuellen, der politisch erwünscht ist. Dann muss aber das Gejammer über den Rückgang der Steuereinnahmen aufhören. Das Ungleichverhältnis zwischen Steuereinnahmen und

klären, dass wir ein kleines Wirtschaftswachstum haben, aber trotzdem keine Steuermehreinnahmen, sondern im Gegenteil, Steuermindereinnahmen. Das fehlende Personal ist doch hier der ausschlaggebende Faktor. Alle organisatorischen Maßnahmen in der Steuerverwaltung zielen doch nur darauf ab, den erhöhten Arbeitsanfall mit dem zu kleinen Personalbestand zu bewältigen.

Wie sonst sind den schon seit langem existierende interne Anweisungen zu verstehen, die da lauten: „Den Angaben der Steuerbürger in den Steuererklärungen ist grundsätzlich Glauben zu schenken.“ Eine Anweisung, die an Blauäugigkeit nicht zu übertreffen ist.

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

Grundsätzlich Glauben zu schenken und der erhöhte Zeitdruck für den Beschäftigten bedeuten doch nichts anderes, als bei der Bearbeitung von Steuererklärungen nach dem Motto verfahren zu müssen: "Die Sonne scheint zum Fenster rein, hak's ab, es wird schon richtig sein." Das Resultat wird jedes Jahr aufs Neue von den Politikern beklagt, wenn die Ergebnisse der Steuereinnahmen wieder hinter den Erwartungen der Steuerschätzungen zurückgeblieben sind.

Das ist nur der tägliche Wahnsinn, der uns alle begleitet. Schwer wiegt auch, dass die dem Staat vorenthaltenen Steuern aus der Schattenwirtschaft keinerlei Beachtung finden. So haben Studien an der Johannes Kepler Universität in Linz ergeben, dass

Ich komme daher noch einmal auf den von mir eingangs erwähnten Foliensatz des Finanzsenators zurück. Eine Folie fehlt, und zwar die, die Auskunft darüber gibt, welche Stelle das Land Berlin bei eingesetzten Investitionen im Bundesschnitt einnimmt.

Hier hat das Land Berlin weiß Gott schon seit einiger Zeit die rote Laterne inne.

Nur zur Erläuterung, da nicht alle unsere Gäste die technische Ausstattung in den Finanzämtern kennen:

- Jedes Finanzamt ohne Außenstelle hat nur ein Faxgerät, pro Außenstelle ein weiteres.
- Jedes Finanzamt ohne Außenstelle

wenn z.B. den Betriebsprüfern für ihre Notebooks eine Software zur Verfügung gestellt wird, die bei dreimaliger Berechnung der Körperschaftsteuer für ein und den selben Steuerfall drei unterschiedliche Ergebnisse auswirft.

Wir müssen daher feststellen: Solange wir für unsere Computer eine derart mit Fehlern behaftete Software erhalten, haben wir nicht den „Intel inside“, sondern den „Wurm inside“.

Die Schränke haben bei uns den Charme der Nachkriegsjahre. Werden von den Finanzämtern bei der Mittelbehörde neue Schränke abgefordert, so kann es durchaus sein, dass man welche bekommt, aber leider ohne Türen. Der Datenschützer, der



Teilnehmer und Ehrengäste der Kundgebung am 7. Mai 2003

allein im Jahr 2002 am deutschen Fiskus vorbei ein Betrag von rund 350 Milliarden Euro erwirtschaftet und nicht der Besteuerung unterworfen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder Finanzsenator, der dies ignoriert, leistet Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

Der Finanzsenator hat aber neben der Verantwortung für den Landeshaushalt auch eine Fürsorgepflicht für seine Beschäftigten, die er bislang vergessen hat wahrzunehmen.

Dazu gehört u.a. auch eine angemessene Unterbringung in Bürogebäuden und eine zeitgemäße Sachmittelausstattung.

hat maximal zwei Fotokopiergeräte und

- bis vor drei Jahren stand auf meinem Schreibtisch noch ein 486'er PC.

Wie sollen wir vernünftig und effektiv arbeiten, wenn unsere technische Ausstattung zu wünschen übrig lässt. Selbst unsere Kinder verschmähen die zwischenzeitlich in den Finanzämtern ausrangierten Geräte, da sie aus der Sicht unserer technikbewussten Kinder nicht einmal mehr als einfachste Spielecomputer taugen.

Wie können unsere Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern effektiv arbeiten,

verlangt, die Akten nach Feierabend unter Verschluss zu halten, würde bei einer Finanzamtsbegehung vor Freude in die Hände klatschen.

Die Sicherungsvorkehrungen bei den Finanzämtern sind auch so gut, dass Einbrecher in die Finanzämter Mitte/Tiergarten und Wilmersdorf in der Vergangenheit ohne große Probleme eindringen konnten. Böse Zungen behaupten, dass die gestohlenen PC-Standgeräte und Notebooks in absehbarer Zeit wegen ihrer minderen Qualität von den Tätern anonym zurückgegeben werden, um die vergleichsweise hohen Entsorgungskosten zu sparen.

Dem Finanzsenator ist auch sehr nach-

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames



Ehrengäste, Politiker und Delegierte

drücklich die Besichtigung der Finanzämter ans Herz zu legen, um einen Eindruck von den guten Standorten und dem Zustand der Gebäude zu gewinnen. Highlights sind hierbei besonders zwei Finanzämter:

Das Finanzamt Schöneberg, in bester Wohnlage Bülow Ecke Potsdamer Str., wo man nicht nur in Ermangelung eines Pförtners nicht weiß, ob man sein Büro ggfs. mit Fixern oder sonstigen Leuten aus der Szene teilt, sondern wo man aufgrund der Geräuschentwicklung auch den Eindruck hat, mit seinem Büro eine direkte Anbindung an die Hochbahn zu haben.

Und das Finanzamt Treptow/Köpenick. Mit einer Aussenfassade, die seit einem fünfjährigen Baustopp der Renovierungsvollendung harrt. Der Blick aus den Finanzamtsfenstern fällt ungehemmt auf das noch immer mit dem Haus verbundene Baugerüst. Um hier den Einbrechern den allzu leichten Zugang in das Gebäude zu verwehren, hat man das Baugerüst Etage für Etage mit Stacheldrahtrollen gesichert und somit den Beschäftigten des Hauses die Erinnerungen an die Teilung der Stadt Berlin zurückgegeben, indem sie nunmehr täglich den Ausblick auf ihr eigenes Mauerequipment haben.

Die Beschäftigten der Steuerverwaltung nehmen zwar vieles mit Humor, aber was zuviel ist, ist zuviel!

Nicht nur, dass den Beschäftigten dieser beklagenswerte Ausstattungsstandard zuge-

mutet wird, sie müssen auch tagein, tagaus Verunglimpfungen in der Öffentlichkeit erfahren, ohne dass der öffentliche Arbeitgeber sich schützend vor sie stellt.

Keiner anderen Bevölkerungsgruppe schlagen so viele Vorurteile entgegen wie den Beamten. Hier entladen sich die Wut und Enttäuschung derjenigen, die vom Staat, von der Obrigkeit, enttäuscht worden sind. Dass der Beamte nur Gesetze zu vollziehen hat, die der oft gar nicht weise Gesetzgeber vorschreibt, wird übersehen. Die Beamten sind und bleiben in der Öffentlichkeit die Prügelknaben der Nation.

Dass Vorurteile in aller Regel ein Indiz für Dummheit sind und der Kleingeist Triumphe feiert, gehört zum täglichen Leben. Dass diesem bösen Trend auch angesehene Massenmedien und Journalisten folgen und dabei notwendiges Recherchieren durch dumme Vorurteile ersetzen, zeugt von Arroganz und Schwäche.

Albert Einstein hat einmal gesagt: "Es ist leichter, einen Atomkern zu spalten als ein Vorurteil."

Diese klugen Worte helfen jedoch wenig, wenn Journalisten zuschlagen dürfen, ohne



Dieter Ondracek bedankt sich bei Jürgen Klingbeil für die Mitgliederwerbung

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames



Ehrenmitgliedschaft für Gisbert Sauer

von unseren öffentlichen Arbeitgebern zurückgepiffen zu werden.

So hat beispielsweise ein Journalist im Zuge der Diskussionen um die zunehmende Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben in der Welt am Sonntag vom 01. Dezember 2002 mehrere Breitseiten abgefeuert. Rhetorischer „Glanzpunkt“ war folgende Aussage:

„ Nirgendwo fühlt sich der Bürger hilfloser als gegenüber einem hochnäsigen, besser verdienenden, schikanierenden Finanzbeamten oder einer Finanzamts-Domina.“ Da bleibt einem die Spucke weg! Sind wir der letzte Dreck, dass man uns in der Öffentlichkeit derart verunglimpfen kann?

Wo ist unser Arbeitgeber, der sich schützend vor uns stellt und unsere Arbeitsleistung in der Öffentlichkeit entsprechend würdigt?

Immer wieder hören wir von den Politikern – mit einem Anflug schlechten Gewissens - dass sie die Leistung des öffentlichen Dienstes sehr wohl anerkennen. Dies aber immer wieder nur intern und in kleinen Runden!

Aber, wer als Politiker in der Öffentlichkeit keine Gelegenheit auslässt, sein Unternehmen „öffentlicher Dienst“ in Misskredit zu bringen, und ihn nur als lästigen Kostgänger darstellt, muss sich nicht wundern,

wenn die Sitten zunehmend verrohen.

Jeder Politiker, sei er nun gerade Mitglied einer Regierungs- oder einer Oppositionspartei, muss sich seiner Verantwortung für den öffentlichen Dienst bewusst sein und nicht jede Gelegenheit ergreifen, um sich von ihm zu distanzieren.

Die Beschäftigten registrieren dieses Verhalten sehr genau.

· Sie nehmen einen Regierenden Bürgermeister wahr, der „Sparen“ zum obersten Prinzip erklärt und sich selber davon ausnimmt und als Party-Bürger-

meister in die Berliner Geschichte eingehen wird.

· Sie nehmen einen Innensenator wahr, der als Dienstrechtssenator die Interessen der Beamten mit Füßen tritt und öffentlich erklärt, dass das Berufsbeamtentum sich überholt hätte und abgeschafft gehöre.

· Und sie nehmen einen Finanzsenator wahr, der die Beschäftigten in der Steuerverwaltung vor den Kopf stößt, indem er im Zusammenhang mit dem Personalüberhang erklärt, dass rund 6000 Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst nichts zu tun hätten, was dann wohl auch für die vorhin von mir beschriebenen 300 Finanzamtsbeschäftigten so gelten soll. Unbedachte und ggfs. durch Fehlinterpretation verfälschte Aussagen wie „ in seiner Verwaltung schleichen übelriechende Finanzbeamte über die Gänge“ tun ihr Übriges.

Und da kommen diese gleichen Politiker und fordern von ihren Mitarbeitern Einkommenseinbußen!

Da wird ihnen mit Recht entgegengeschleudert: Das Geld, das uns gezahlt wird, ist selbst als bloßes Schmerzensgeld noch zu niedrig.

Jeder Politiker muss sich seiner Rolle in der Gesellschaft bewusst sein. Wenn es im Abgeordnetenhaus gilt, Entscheidungen über



Ehrenmitgliedschaft für RenateKomm

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

den öffentlichen Dienst zu treffen, so hat er die gleiche Sachkenntnis an den Tag zu legen, die er von seinen Beschäftigten permanent einfordert. Er hat sich zu informieren und zu orientieren; über den Leistungsstand in der Verwaltung und über die Arbeitsbedingungen für den öffentlichen Dienst. Er ist Arbeitgeber und letztendlich Chef einer Firma. Die Firma heißt „öffentlicher Dienst“. Die Firmenphilosophie kann nur lauten:

- Sei loyal gegenüber den Mitarbeitern in deiner Firma.
- Rede nie negativ in der Öffentlichkeit über sie, denn du zerstörst damit die für den Erhalt deiner Firma wichtige Motivation deiner Mitarbeiter und was noch wesentlich gravierender ist, du untergräbst das Vertrauen deiner Kunden in die Leistungsfähigkeit deiner Firma.

Das neue Motto der PDS ist nicht schlecht, muss aber mit Inhalten gefüllt werden.

Ich zitiere: Eine andere Welt ist möglich, eine neue Politik ist nötig, solidarisch und miteinander. An dem „solidarisch und miteinander“ muss aus meiner Sicht bei allen Parteien noch am heftigsten gearbeitet werden.

So ist es beispielsweise wenig solidarisch, wenn nach einem Spiegelbericht sich der Ministerpräsident von Sachsen, Georg Milbradt (CDU), in der Arbeitsgruppe Inneres in der Unionsbundestagsfraktion zur gerade anstehenden Kürzung der Besoldung und Vergütung zu einer gefährlichen Meinungsäußerung hinreißen ließ. Er meinte, dass gerade im Osten der grösste Teil der PDS-Wähler aus dem öffentlichen Dienst stamme und man daher keine falsche Rücksichtnahme üben müsse.

eingestellt werden. Die Wiederbelebung der Vermögensteuer macht eine flächendeckende Neubewertung der Grundstücke erforderlich. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 22. Juni 1995 eine weitere Erhebung der Vermögensteuer davon abhängig gemacht, dass die bisherige Bewertung von Grundvermögen und land- und forstwirtschaftlichem Vermögen durch eine realitätsnähere Bewertung ersetzt wird. Diese zusätzliche Arbeit in den Bewertungs- und Veranlagungsstellen würde zu dem eben erwähnten Personalmehrbedarf führen.

Wenn die PDS sagt, eine neue Politik ist nötig, dann muss aber auch Schluss sein mit der Steuergesetzgebungsflut.

Denn wie vom Rechnungshof in Baden-Württemberg auch festgestellt wurde, ist die Hauptursache für die zunehmende



Delegierte aus der Bezirksgruppe Reinickendorf

Es muss in der Politik endlich umgedacht und an der Imageverbesserung des öffentlichen Dienstes gearbeitet werden.

Er hat es verdient!

An die Adresse der Politiker gerichtet möchte ich zubedenken geben:

„Der gute Politiker unterscheidet sich vom Schlechten, indem der Gute immer neue Fehler macht. Der Schlechte immer die gleichen.“

Dazu nur soviel: Wenn Dummheit Blasen schlagen würde, wäre Herr Milbradt jetzt mit einem Fesselballon unterwegs.

Die PDS, die zwar erkannt hat, dass wir ein Einnahmeproblem haben und daher die Wiedereinführung der Vermögensteuer fordert, zeigt sich wenig solidarisch gegenüber den Beschäftigten in der Finanzverwaltung, wenn sie die dadurch entstehende erhebliche Mehrbelastung in den Finanzämtern ignoriert. Allein in Berlin müssten 250 Kolleginnen und Kollegen zusätzlich

Mehrarbeit der Mangel an Steuervereinfachungen.

Was aber sagt der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Ludwig Stiegler dazu: „Die Forderung nach Steuervereinfachung entspricht nicht der Realität. Wenn man Steuervereinfachung will, muss man das Leben vereinfachen. Das Gerede von Steuervereinfachung ist eine Flucht aus der Wirklichkeit, die Steuergesetze müssen so kompliziert sein, weil das Leben ebenso kompliziert ist.“

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames



DSTG-Landesleitung Berlin

Fühlt Herr Stiegler sich ebensowenig an eigene Parteiprogramme gebunden wie Herr Dr. Sarrazin an Koalitionsverträge?

Wie wir feststellen können, sind Aussagen von Politikern häufig von Sachkenntnis ungetrübt. In diese Kategorie fällt die Forderung von Herrn Zimmer von der CDU nach Abschaffung der Oberfinanzdirektion.

Durch ständiges Wiederholen wird diese Forderung nicht sinnvoller. Beispiele anderer Bundesländer zeigen, dass die OFD-Auflösungen nur Etikettenschwindel sind,

denn diese Aufgaben der OFD entfallen ja nicht, sondern werden entweder mit dem Personal in die Hierarchieebene darüber oder darunter verlagert. Wie dann die von Herrn Zimmer errechneten 5 Millionen Euro eingespart werden sollen, sind mir schleierhaft. Leider muss ich feststellen, dass Herr Zimmer auch nach mehreren Gesprächen mit der DSTG beratungsresistent geblieben sind.

Einsparungen im öffentlichen Dienst zu fordern, weckt das Interesse der Öffentlichkeit und lenkt leicht von den eigenen politischen Fehlern ab.

Wenn man so, wie ich, in den zurückliegenden Runden um den Sanierungspakt und die Tarifverhandlungen im Land Berlin dabei war, bekommt man den Eindruck vermittelt, dass der öffentliche Dienst nur Kostenverursacher ist und an der schlechten Haushaltslage des Landes die Alleinschuld trägt.

Den Personalkostenhaushalt im Kalenderjahr 2003 um 250 Millionen Euro und ab 2004 jährlich um 500 Millionen Euro zu kürzen, wurde daher als das erklärte Ziel vorgegeben, koste es, was es wolle.

Eine nie gekannte Flut von Maßnahmen pflasterte den Weg. Eine kurze Aufzählung verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen der öffentliche Dienst des Landes Berlin bereits erfahren musste und von welchen er künftig bedroht wird:

- Einführung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe
- Einführung der 42-Stunden Woche bei den Beamten
- Drohende Kürzung oder gar Streichung der Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) bei den Beamten
- Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Einsparungen
- Keine Verlängerung der Beschäftigungssicherungsvereinbarung
- Versagung eines Einstellungskorridors

Wenn man von politischer Seite meint, die Gehälter nicht mehr finanzieren zu können, obwohl ich bereits Wege aufgewiesen habe, die Einnahmen zu steigern, dann muss man Aufgabenkritik für den öffentlichen Dienst üben und nicht im Rasenmäherprinzip Einkommens- und Leistungskürzungen vornehmen. Wer gute Arbeitsergebnisse erzielt, hat auch den Anspruch auf eine angemessene Bezahlung.

Massive Abstriche haben die Beschäftigten in der Vergangenheit auch bei der Bezahlung schon hinnehmen müssen. Auch der sicherste Arbeitsplatz ist mittlerweile durch Lohnzurückhaltung im Vergleich zur Privatwirtschaft längst abgegolten. Was der sichere Arbeitsplatz wert ist, wird in Berlin



Ehrenmitgliedschaft für Dieter Schroeter

Steuer-Gewerkschaftstag 2003

Rede des Vorsitzenden Detlef Dames

im Übrigen bei Auslaufen der Beschäftigungssicherungsvereinbarung zu beurteilen sein.

Allen Politikern, die jetzt nach den Öffnungsklauseln im Bundesbesoldungsgesetz für die Zahlung bei den Sonderzuwendungen bei den Beamten schreien, kann ich nur sagen:

- Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sind keine Almosen und kein grosszügiges Geschenk, sondern selbstfinanzierte und umgeschichtete Gehaltsbestandteile, die über Jahre hinweg durch den Verzicht auf prozentuale Gehaltserhöhungen als Sonderzahlungen aufgebaut wurden. Sie sind Teil des Jahresgehalts.

Auch die Beihilfe wird immer wieder als besonderes Beamtenprivileg gebrandmarkt. Dabei ist die Beihilfe nichts anderes als die für den Dienstherrn kostengünstigere Variante eines „Arbeitgeberanteils“ zur Krankenversicherung. Sie stellt kein Privileg und kein besonderes Geschenk dar, sondern steht eben an Stelle des normalerweise vom Arbeitgeber zu zahlenden gesetzlichen Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung bei Nicht-Beamten. Sie kommt dem Dienstherrn preiswerter als ein rechnerischer Arbeitgeberanteil. Und dennoch wird an der Beihilfe herumgebastelt, wird abgestrichen, werden neue Sparmaßnahmen verordnet. Für die in diesem Zusammenhang von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus gestellten Anträge habe ich kein Verständnis.

Anträge von Politikern im Abgeordnetenhaus sollten immer von Sachkenntnis geprägt sein. Die Forderung nach Stellenstreichungen muss immer aufgabenkritisch unterlegt und nicht wahlpropagandistischen Grundsätzen geschuldet sein. Die Forderung der FDP nach Stellenstreichungen im gesamten öffentlichen Dienst in Berlin von 40.000, die immer mal wieder erneuert wird, gehört dazu. Die Erwiderung auf diese Forderung von Herrn Rexrodt bei einem Wahlhearing im SFB von einem Vertreter der PDS hat mir gefallen, deshalb möchte ich diese Äußerung gerne wiedergeben: "Wenn ich diese Forderung der FDP höre, muss ich sagen, dass das öffentliche Dienstrecht das Instrument der Erschießung nicht kennt!"

Die Verantwortung der Politiker für den öffentlichen Dienst und damit für dessen inneren Frieden ist umfassender als jedem wohl bislang klar war. Deshalb möchte ich die Politiker im Allgemeinen und den Finanzsenator im Besonderen heute an viele Punkte, die einer Erledigung bedürfen, noch einmal erinnern und eindringlich einfordern:

1. Wir fordern im dreizehnten Jahr nach der Wiedervereinigung die innere Einheit zu vollenden. Sowohl bei der Bezahlung, als auch bei der Arbeitszeit.
2. Wir fordern einen Personalbestand in der Steuerverwaltung, der in der Lage ist, seinen Gesetzesauftrag verantwortlich wahrzunehmen.
3. Wir fordern eine angemessene Sachmittelausstattung in den Finanzämtern und die Instandsetzung der Gebäude.
4. Wir fordern den Ergebnissen der PersBB Rechnung zu tragen und das Personal der Steuerverwaltung aus dem Personalüberhangmanagement aussen vor zu lassen.
5. Wir fordern, allen Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung die Inanspruchnahme der Altersteilzeit zu ermöglichen.
6. Wir fordern, in allen Laufbahnen Nach-

wuchskräfte einzustellen und wieder die Übernahme der Auszubildenden nach bestandener Laufbahnprüfung zu garantieren. Ohne eine ausreichende Anzahl von Nachwuchskräften ist der Generationenvertrag in der Steuerverwaltung nicht länger aufrechtzuerhalten.

7. Wir fordern bei den Tarifverhandlungen die Übernahme des Potsdamer Ergebnisses.
8. Wir fordern eine Verlängerung der Beschäftigungssicherungsvereinbarung und damit den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen.
9. Wir fordern: Finger weg von der Beihilfe und den Sonderzuwendungen.

Im Namen aller Beschäftigten in der Steuerverwaltung wiederhole ich noch einmal die schon oft ausgesprochene Forderung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft an den Finanzsenator und bitte Sie, sehr geehrter Herr Hennig, diese entsprechend zu übermitteln:

Seien Sie nicht nur Sparsenator, sondern sorgen Sie sich auch um die Belange der Beschäftigten in Ihrer eigenen Verwaltung.

Ich danke Ihnen allen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.



Nach dem Schlusswort: Detlef Dames

Das Leistungsangebot . . .

- Interessenvertretung am Arbeitsplatz
- Fachliche Beratung bei allen Fragen des öffentlichen Dienstrechts
- Kostenlose Gewährung von Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten
- Vertretung gegenüber der Dienstbehörde
- Förderung der sozialen Belange
- Mitwirkung beim Abschluss von Tarifverträgen
- Eintreten für die Fortentwicklung des Beamtenrechts
- Kostenloser Unfallschutz für Freizeitunfälle
- Niedrige Gewerkschaftsbeiträge

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom 2003.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Besoldungs-Vergütungsgruppe:

Telefon dienstlich: Teilzeitbeschäftigt:

..... , den (Unterschrift)